

Gastkolumne von Ulla Jelpke
Staatliche Aufrüstung

Man müsse nicht mehr vor dem Weg in den Überwachungsstaat warnen, sagte ein Redner bei der Bürgerrechts-Demonstration am vergangenen Samstag in Berlin: "Wir sind schon dort angekommen."



Dass sich die Dutzende von "Sicherheitsgesetzen" nicht gegen "islamistische Terroristen" richten, sondern buchstäblich gegen jede und jeden, war den Unterstützern der Demo klar. Wann sonst gibt es Bündnisse, bei denen linke Parteien, die FDP, Antifa, Berufsverbände und medizinische Beratungsinstitutionen gemeinsam demonstrieren? Die Vorratsdatenspeicherung verkörpert die Logik des Überwachungsstaates: Alle sind verdächtig, und alle werden überwacht. Wer mit wem wie lange telefoniert, von welcher Handy-Funkzelle, wer mit wem per E-Mail korrespondiert, wird ein halbes Jahr gespeichert. Wer häufig einen Psychotherapeuten kontaktiert, wer regelmäßig bei der Aids-Hilfe anruft, wer Kontakt zu bestimmten Strafverteidigern oder politischen Organisationen hat - alle müssen den Behörden einen Großteil ihrer Persönlichkeit preisgeben.

Der Gedanke, der dahintersteht, ist ein völlig uferloser Präventionsanspruch: Der Staat sammelt alle möglichen Daten - sie könnten ja mal nützlich sein.

Die Überwachung des Telekommunikationsverhaltens ermöglicht es, Persönlichkeitsprofile zu erstellen und Netzwerke zu identifizieren. Diese Informationen können nützlich sein, um im Fall des Falles Krisen zu meistern, sozialen Unruhen entgegenzutreten oder die kriegerische Außenpolitik abzusichern. Die unbegrenzte Datensammelwut ist eine gigantische Aufrüstungsmaßnahme des Staates, die selbst Teilen des Kapitals Sorgen macht, wie die Unterstützung der FDP zeigt. Allerdings: Setzt der Staat diese Waffe tatsächlich gegen breite soziale Unruhen ein, dürfte sich die FDP schnell besinnen, auf welcher Seite der Barrikade sie steht (ihre jetzige Sorge gilt wohl eher der Aufdeckung von Steuerhinterziehung und Berufsheimnissen).

Zahlreiche Beiträge auf der Abschlusskundgebung haben diesen Zusammenhang verdeutlicht. So wurde auch das politische Strafverfahren gegen angebliche Angehörige der "militanten Gruppe" als Ausdruck des Überwachungsstaates bewertet. Zu denken gibt aber, dass nicht viel mehr als 20 000 Menschen mobilisiert worden sind. Um den Überwachungsstaat zurückzuschlagen, braucht es allerdings mehr als 20 000 Demonstranten und ein wenig mehr politische Klarheit: Nicht nur über liberalistische Freiheitsrechte, sondern auch über dahinterstehende Klasseninteressen (wovon Kräfte wie die "Piraten" nichts wissen wollen).

[◀ zurück](#)

[Artikel versenden](#)